

Die Remilitarisierung der FDP

Wende in der Armeepolitik 150 Jahre bestimmten die Liberalen die Schweizer Sicherheitspolitik. Nach dem Kalten Krieg verloren sie das Interesse – bis Thierry Burkart Parteichef wurde und Putin die Ukraine überfiel.

Christian Zürcher
und Markus Häfliger

Am vierten Kriegstag hat Thierry Burkart genug gesehen. Der Präsident der FDP Schweiz will aufrufen. In einer Motion fordert er, das jährliche Militärbudget «sofort» von 5 auf «mindestens» 7 Milliarden Franken zu steigern. «Der Krieg in der Ukraine stellt eine Zäsur für die Sicherheitspolitik in Europa dar», schreibt Burkart in seinem Vorstoss.

Kein Schweizer Politiker mobilisiert nach Beginn des Ukraine-Kriegs schneller als Thierry Burkart. Und kein Schweizer Politiker verändert seine Partei in diesen Tagen stärker als er. Seit dem Ende des Kalten Kriegs spielte die Sicherheitspolitik im Freisinn nur noch eine marginale Rolle. Jetzt ist sie wieder Chefsache.

In den darauffolgenden Tagen wird der Krieg in der Ukraine immer brutaler, Burkart und seine Partei legen nach.

— Am **14. Kriegstag** fordern sie per Medienmitteilung, dass der Bund den Kaufvertrag für die amerikanischen **F-35-Kampffjets** raschestmöglich unterzeichnet – ohne die Abstimmung über die «Stopp F-35»-Volksinitiative abzuwarten.

— Am **15. Kriegstag** sagt Burkart dieser Zeitung, eine **Annäherung an die Nato**, etwa bei der Rüstung, sei für ihn eine Option. «Wir müssen das nun genauer anschauen», sagt Burkart – und grenzt sich damit auch von der SVP ab, die ebenfalls mehr Geld fürs Militär will.

— Am **20. Kriegstag** führt der Ständerat auf Antrag der FDP eine **dringliche Debatte** über die «Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee». Aggressoren wie Putin könne man «nicht mit der Friedenspfeife begegnen», sondern nur mit militärischer Macht, sagt Burkart.

— Am **27. Kriegstag** nimmt die Forderung einer **7-Milliarden-Armee** die erste Hürde: Die bürgerliche Mehrheit in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats stimmt ihr zu und reicht eine entsprechende Kommissionsmotion ein.

Bis 1995 fest in FDP-Hand

Es ist nicht so, dass mit Thierry Burkart ein kalter Krieger einen zweiten Frühling erleben würde. Dafür ist Burkart, Jahrgang 1975, schlicht zu jung. Zwar erzählt er gerne, wie er 1989 als 14-Jähriger durch die Armeeausschaffungsinitiative politisiert wurde und Flugblätter verteilte.

Doch er selbst hält sich militärisch zurück. Während eine Offizierslaufbahn früher für ambitionierte freisinnige Politiker beinahe Pflicht war, macht Fusilier Burkart nicht einmal die Unteroffiziersschule. 2014 wird er als sogenannter Fachoffizier – eine Art Pseudo-Offiziersgrad, der für gewisse Funktionen verliehen wird – aus der Armee entlassen.

Ein Jahr später wird Burkart in den Nationalrat gewählt. Er kommt in eine FDP-Fraktion, in der Sicherheitspolitik wenig Stellenwert geniesst. In die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) gehen die wenigsten Parlamentarier freiwillig. In die SIK werden sie strafversetzt.



«Nicht mit der Friedenspfeife»: Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz und Aargauer Ständerat. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Was für ein Kontrast zu früher! Im 20. Jahrhundert war die Landesverteidigung ein Hochamt freisinniger Politik. Das zeigte sich am Posten des Verteidigungsministers. Von 1848 bis 1995 gab es im Eidgenössischen Militärdepartement, dem heutigen VBS, bloss drei Bundesräte, die nicht der FDP angehörten: Rudolf Minger (BGB, heute SVP), Rudolf Gnägi (SVP) und Arnold Koller (CVP).

Doch in den 1990er-Jahren verloren die Freisinnigen die Lust am Amt – und überliessen es der SVP, 23 Jahre lang. Adolf Ogi, Samuel Schmid, Ueli Maurer, Guy Parmelin: Ihnen blieb es überlassen, die Armee immer weiter zu verkleinern. Den Grund für das freisinnige Desinteresse weiss Franz Steinegger, Präsident der FDP von 1989 bis 2003. 1989 fiel die Berliner Mauer, die Sowjetunion löste sich auf, und viele Sicherheitspolitiker fielen wegen der plötzlich verschwundenen Bedrohung in eine Orientierungslosigkeit. Das Thema verlor an Relevanz.

Kaum jemand illustriert das deutlicher als Kaspar Villiger, der letzte freisinnige Verteidigungsminister. Zwar gewann Villiger 1993 noch den Abstimmungskampf um die Beschaffung des Kampffjets F/A-18. Doch wenig

Die Freisinnigen überliessen das Amt in den 1990er-Jahren der SVP, 23 Jahre lang.

später wechselte er ins Finanzdepartement – und machte sich dort daran, seinem ehemaligen Departement die Mittel zu kürzen. «Friedensdividende» nannten das damals nicht nur pazifistische Linke, sondern auch stramme Freisinnige.

«Man hat nach dem Mauerfall mit Sicherheitspolitik keine Lorbeeren holen können, viele Leute hat es nicht interessiert», sagt Steinegger. Viel wichtiger waren damals EWR, Rezession, Neat. Das Militär wurde bloss zum Thema, wenn grosse Beschaffungen anstanden. «Oder wenn irgendein Scheiss passiert ist», sagt Steinegger.

Was vorkam. Regelmässig. «Jeder Verteidigungsminister musste hoffen, dass das nicht unter ihm publik wurde», sagte

Steinegger, selbst ein Oberleutnant, der die Offiziersschule mit Adolf Ogi machte, eigentlich auf eine Militärkarriere hinarbeitete, aber den Bettel mit seinem Urner Furor hinschmiss, als er bei einer Beförderung übergangen wurde.

«Die strammen Krieger»

Bei der FDP handhabte man die Sicherheitspolitik über Jahre auf ganz eigene Weise. «Sie war in den Händen der Obersten, die wir im Parlament hatten. Man hat es ihnen überlassen und dachte: Die wissen am besten, was die Armee braucht.» Steinegger meint Leute wie Oberstleutnant Ulrich Bremi, Oberst Edi Engelberger, Oberst Peter Spälti oder Brigadier Ernst Mühlemann. «Wir nannten sie die strammen Krieger», sagt Steinegger.

Doch irgendwann war der letzte der strammen Krieger zurückgetreten.

Nach Steinegger sank der Stellenwert der Armee innerhalb der Partei weiter. Das zeigte sich am Beispiel der Aargauer Juristin Corina Eichenberger. 2007 wird sie in den Nationalrat gewählt und von der Fraktion in die Sicherheitspolitische Kommission delegiert. Eher unfreiwillig – sie hatte bis dahin nichts mit Militär zu tun. Sie las sich ein, sie ging an Brevetierungen und Gedenk-

feiern, sie sprach mit Kommandanten und baute sich ein Netzwerk auf. Eichenberger wurde zur tiefsten freisinnigen Sicherheitspolitikerin der 2010er-Jahre. «Es hat etwa drei, vier Jahre gedauert, bis mich die Männer ernst nahmen», sagt die heute 67-Jährige.

Damals standen wenig erfreuliche Dinge in den Schlagzeilen. Gescheiterte Beschaffungsprojekte, schwere Dienstunfälle an der Jungfrau und auf der Kander, nicht mehr auffindbare Panzer. Lauter «Scheiss», um es in den Worten von Steinegger zu formulieren.

Zweite Militärkarriere

Anfangs ging es laut Eichenberger um Schadensbegrenzung. Sie setzte sich dafür ein, dass die Armeegrösse nicht unter die Schwelle von 100'000 Angehörigen fällt und das Budget wenigstens wieder auf fünf Milliarden steigt. Das Beschaffen der Mittel war ein Knorz, jahrelang, bis schliesslich der Trend kehrte: Das Parlament beschloss – unter Führung von Leuten wie Eichenberger –, den Etat nach Jahren der Schrumpfung wieder moderat aufzublasen.

Als Burkart 2015 ins Parlament kommt, gibt sie ihr Wissen an ihn weiter. Eichenberger



Der letzte Verteidigungsminister der FDP: Kaspar Villiger im Mai 1993.



Sicherheitspolitikerin Corina Eichenberger, FDP-Nationalrätin von 2007 bis 2019. Fotos: Keystone

spürt, dass da einer kommt, der sich für die Armee interessiert und sogar ähnliche Ideen wie sie hat. Es ist der Start von Burkarts zweiter Militärkarriere. «Angesichts der geopolitischen Entwicklungen war mir schon lange klar, dass es auch in Europa wieder zu konventionellen Kriegen kommen kann», sagt Burkart heute.

Schon 2017 fordert er (damals völlig chancenlos) erstmals ein deutlich höheres Armeebudget – «mit Blick auf die unsichere Lage in Osteuropa», wie er in seinem Vorstoss schreibt. 2018 meldet er sich freiwillig zurück zum Dienst. Er habe das Gefühl, sein persönlicher Beitrag für die Landesverteidigung sei zu klein gewesen, erzählt er damals dem «SonntagsBlick». Als studierter Jurist wird er in der Militärjustiz eingeteilt – und bekommt dafür, wie in solchen Fällen üblich, den Hauptmannsgrad geschenkt.

2020 führt Burkart die Abstimmungskampagne für die Beschaffung neuer Kampffjets. Im Sommer 2021 wird er Präsident der neu gegründeten Allianz Sicherheit Schweiz, einer Kampagnenorganisation, die sich als bürgerliche Gegenkraft zur Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) versteht.

Als Burkart im Oktober 2021 zum Parteichef gewählt wird, erklärt er die Sicherheitspolitik zu einem von drei Schwerpunktthemen. Das stösst in der Partei teilweise auf Spott. «Glaubt Burkart wirklich, heute mit Militär noch junge Wählerinnen und Wähler gewinnen zu können?», sagt damals ein einflussreicher freisinniger Funktionsträger hinter vorgehaltener Hand.

Vier Monate später marschiert Putins Armee in die Ukraine ein. Militärpolitik steht auf einmal wieder zuoberst auf der Agenda. Er könne derzeit noch nichts beraten, sagt Burkart. «Aber von der FDP ist in der Sicherheitspolitik noch etwas zu erwarten.»